

Innenpolitik 2022/2023

Christian G. Winkler

Domestic Politics 2022/2023

This chapter examines domestic Japanese politics in 2022/2023. It discusses the results of the by-elections and the unified local elections of April 2023. Furthermore, it examines key Cabinet policies and the ongoing questions pertaining to the aftermath of former Prime Minister Abe's assassination.

1 Wahlen

1.1 Wahlen auf nationaler Ebene

Im Beobachtungszeitraum gab es insgesamt vier Beiwahlen in Unterhauswahlkreisen, sowie eine weitere im Oberhauswahlkreis Ōita. Diese wurden aus unterschiedlichen Gründen notwendig. Im Wahlkreis Chiba 5 kam es zu einer Wahl, nachdem der bisherige Amtsinhaber Kentarō Sonoura von der Liberal Demokratischen Partei (LDP) falsche Angaben über die Finanzierung seiner politischen Aktivitäten gemacht hatte. Daraufhin trat Sonoura aus der Partei aus und gab sein Mandat auf. Er wurde letztlich wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz über die Regulierung der Finanzierung politischer Aktivitäten angeklagt und verurteilt (AS 24.04.2023).

Die Beiwahlen in Wakayama 1 und Ōita waren eine Konsequenz aus der Entscheidung der jeweiligen Amtsinhaber, bei Gouverneurswahlen anzutreten. Die beiden Wahlkreise Yamaguchi 2 und 4 waren lange in der Hand des langjährigen Premierministers Shinzō Abe sowie seines Halbbruders Nobuo Kishi. Nach der Ermordung von Abe im Sommer 2022 und Kishis Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen wurden jedoch auch in diesen Wahlkreisen Neuwahlen notwendig.

Mit Ausnahme von Wakayama 1 konnte die LDP alle Wahlen für sich entscheiden und damit die entsprechenden Sitze im Parlament halten. Für die Opposition

mit Ausnahme der JIP war bei den Beiwahlen aus diversen Gründen nichts zu holen. In der traditionellen LDP-Hochburg Yamaguchi war dies zu erwarten gewesen, zumal mit Nobuchiyo Kishi in Yamaguchi 2 der Sohn des langjährigen Amtsinhabers ins Rennen gegangen war. Im Wahlkreis Yamaguchi 4 wurde Shinji Yoshida von Abes Witwe Akie unterstützt und betonte, er wolle Abes Agenda weiterführen (MS 24.04.2023). Auch wenn die LDP somit die Geschichte ihrer Dominanz am Südzipfel von Honshū fortgeschrieben hat, waren die Wahlsiege von Kishi und Yoshida nicht so deutlich wie erwartet. Kishis Herausforderer, der ehemalige Vize-Innenminister Hiraoka konnte 47,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen und damit das Rennen deutlich enger gestalten als gedacht. Abes Nachfolger Yoshida gewann seine erste Wahl klarer, aber auch er blieb mit 51.000 Stimmen weit hinter dem Ergebnis seines Vorgängers. 2021 hatte Abe seinen Wahlkreis noch mit 80.000 Stimmen gewonnen (AS 24.04.2023a).

Bei der Wahl in Chiba 5 stellten sowohl die Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP) als auch die Demokratischen Partei des Volkes (DPV) Kandidaten auf, die, wie so oft in der Vergangenheit, das anti-LDP Lager spalteten und damit der von der LDP aufgestellten ehemaligen UN-Mitarbeiterin Arfiya Eri den Einzug ins Unterhaus bescherten (AS 24.04.2023; MS 24.04.2023).

Im Wahlkreis Wakayama 1 wurde die von der Japanischen Innovations-Partei (JIP) aufgestellte Yumi Hayashi zur Nachfolgerin des zum Gouverneur gewählten Shūhei Kishimoto, nachdem sie sich gegen den ehemaligen Unterhausabgeordneten Hirofumi Kado von der LDP durchgesetzt hatte (MS 24.04.2023).

Im Oberhauswahlkreis Ōita bezwang die von der LDP aufgestellte Aki Shirasaka den ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Tadatomo Yoshida, der für die KDP ins Rennen gegangen war (MS 24.04.2023). Somit konnte sich die Regierungspartei den Sitz, welchen sie bei der Oberhauswahl 2019 noch an die Opposition verloren hatte, zurückholen. Der Ausgang der Wahl war denkbar knapp. Am Ende machten 341 Stimmen den Unterschied und verhalfen Shirasaka somit zu ihrem Wahlerfolg (AS 24.04.2023).

1.2 Wahlen auf regionaler Ebene

Im Frühjahr standen Wahlen von Stadträten in Großstädten, Abgeordneten in Präfektur-Parlamenten, Bürgermeistern und etlichen Gouverneuren an. Die LDP konnte ihre dominante Stellung verteidigen, der JIP gelang ein weiterer Wahlerfolg, während die anderen Parteien Federn lassen mussten. Wie weit die Distanz zwischen der LDP und ihrer politischen Konkurrenz nach wie vor ist, zeigt sich an der

Tatsache, dass die LDP zweimal so viele lokale Abgeordnetenmandate (2410) erringen konnte wie die beiden größten Oppositionsparteien zusammen: Die DKP kam auf 671 Sitze, die JIP auf 591 (YS 27.04.2023). Ein Blick auf die Präfektur-Ebene zeigt die Diskrepanz zwischen LDP und den Oppositionsparteien noch deutlicher: Zum dritten Mal in Folge konnte die LDP eine absolute Mehrheit (51 %) der Sitze in den Präfektur-Parlamenten erringen. In 24 der 47 Parlamente kontrolliert die LDP mehr als 50 % der Sitze (im Vergleich zu 25 vor der Wahl). Die Partei für eine saubere Regierung (*Kōmeitō*) konnte einen leichten Zuwachs an Sitzen verbuchen, aber verfehlte ihr Ziel, alle von ihr aufgestellten Kandidat*innen wählen zu lassen. Die JIP konnte die Zahl ihrer Sitze (von 57 auf 124) zwar mehr als verdoppeln, der Abstand zu den 1151 Sitzen der LDP ist allerdings nach wie vor extrem groß. Die DPK verlor 15 Sitze und errang 185. Auch die DPV und die Sozial-Demokratische Partei büßten Sitze ein (MS 11.04.2023).

Die Gouverneurswahlen endeten in 15 von 20 Fällen mit dem Sieg des Amtsinhabers im Beobachtungszeitraum (September 2022 – Anfang August 2023). Dies war der Fall in Hokkaidō, Kanagawa, Gunma, Saitama, Yamanashi, Aichi, Ōsaka, Fukui, Shimane, Tottori, Ehime, Saga, Miyazaki, Fukushima und Okinawa. In den meisten Fällen wurden die Amtsinhaber klar in ihrem Amt bestätigt (NHKSW 2023). Lediglich in Hokkaidō hatte die Opposition mit der ehemaligen Unterhausabgeordneten Maki Ikeda eine Gegenkandidatin aufgestellt. Diese konnte die Wiederwahl von Amtsinhaber Naomichi Suzuki jedoch nicht gefährden (MS 10.04.2023). Die Wahl in Miyazaki wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, weil der Vorgänger und ehemalige Chef von Amtsinhaber Junji Kōno erneut angetreten war. Hideo Higashikokubaru war bereits von 2007 bis 2011 Gouverneur von Miyazaki, bevor es ihn ins Unterhaus zog. 2007 hatte Higashikokubaru ohne organisatorische Unterstützung von Parteien und Interessengruppen den Sprung auf den Gouverneursstuhl geschafft. Die Wähler verwehrten ihm jedoch eine Rückkehr auf selbigen und bescherten Higashikokubarus Nachfolger Kōno eine vierte Amtszeit (YS 26.12.2022). Viele Wähler hatten anscheinend nicht vergessen, dass Higashikokubaru 2011 erst seine erneute Kandidatur angekündigt hatte, nur um dann nach Tōkyō zu verschwinden (AS 27.12.2022).

In Aomori, Wakayama und Ōita waren die bisherigen Amtsinhaber nicht mehr angetreten. In Wakayama errang der bereits oben erwähnte langjährige Unterhausabgeordnete Shūhei Kishimoto (ehemals Unterhauswahlkreis Wakayama 1) seinen ersten Erfolg bei einer Gouverneurswahl. Der Oppositionspolitiker war zuletzt Mitglied der KPV (MS 24.04.2023). In Aomori wurde der ehemalige Bürgermeister von Mutsu, Sōichirō Miyashita, zum Nachfolger des 20 Jahre lang amtierenden Shingo Mimura gewählt. Miyashita setzte sich in der Wahl gegen den ehemaligen Bürgermeister von

Aomori Stadt, Onodera, durch. Wie in Nara und Tokushima (siehe unten), hatte sich die LDP nicht auf einen Kandidaten verständigen können. Sowohl Onodera als auch Miyashita hatten die Regierungspartei um ihre Unterstützung gebeten. Dies spaltete letztlich die lokale und regionale LDP-Organisation (MS 05.06.2023, 06.06.2023). Auch in Ōita stand der langjährige Amtsinhaber Hirose nicht mehr für eine sechste Amtszeit zur Verfügung. Die Nachfolge von Hirose wurde zu einem Zweikampf zwischen dem ehemaligen Bürgermeister von Ōita Stadt, dem von der Regierungskoalition unterstützten Kiichirō Satō sowie dem ehemaligen Oberhausabgeordneten Kiyoshi Adachi. Adachi, der als unabhängiger Kandidat angetreten war, verlor letztlich klar gegen Satō (MS 10.04.2023a).

In Nara und Tokushima wurden mit Shōgo Arai und Kamon Iizumi langjährige Amtsinhaber abgewählt. In beiden Fällen konnte sich die LDP nicht auf einen Kandidaten verständigen. In Nara führten diese Auseinandersetzungen dazu, dass der von der JIP aufgestellte Makoto Yamashita die Wahl zu seinen Gunsten entscheiden konnte. Die von Kabinettsmitglied Sanae Takaichi (Wahlkreis Nara 2) geführte lokale Parteiorganisation hatte sich auf den ehemaligen Mitarbeiter im Innenministerium (dem Takaichi lange vorstand) Shō Hiraki als neuen Kandidaten für die Gouverneurswahl geeinigt. Amtsinhaber Arai nahm dies jedoch nicht tatenlos zur Kenntnis und wurde letztlich von einem Teil der lokalen LDP-Abgeordneten unterstützt. Dies führte zu einer Spaltung des LDP-Lagers und dessen Stimmen sowie zu Yamashitas Wahlsieg (AS 10.04.2023).

Ein ähnliches Bild zeigte sich in Tokushima, wenngleich hier letztlich ein LDP-Urgestein die Gouverneurswahl für sich entscheiden konnte. Masazumi Gotōda, ehemals Vizeregierungssprecher, langjähriger Unterhausabgeordneter und Verwandter des ehemaligen obersten Regierungssprechers Masaharu Gotōda, setzte sich gegen Amtsinhaber Iizumi sowie den ehemaligen Oberhausabgeordneten Tōru Miki durch. Iizumi, der eine sechste Amtszeit anstrebte, hatte sich die Unterstützung der lokalen LDP-Parteiorganisation gesichert. Wie in Nara stellten sich Teile der lokalen LDP jedoch gegen diese Entscheidung und unterstützten stattdessen Gotōda bzw. Miki (AS 10.04.2023a).

In einer stetig wachsenden Zahl von Fällen hatten die Bürger*innen bei den obigen Regionalwahlen jedoch keine Wahl im eigentlichen Sinne. So stand in 28,4% der Bürgermeisterwahlen im Rahmen der zweiten Hälfte der landesweiten Regionalwahlen jeweils nur ein Kandidat bzw. eine Kandidatin zur Wahl, der bzw. die, weil alternativlos, automatisch ins Amt »gewählt« wurde. Auch wenn der Prozentsatz dieser »Nichtwahlen« im Gegensatz zu den Jahren 2015 und 2019 etwas gesunken ist, scheint eine Trendwende nicht in Sicht, denn verglichen mit den Regionalwahlen im Jahre 2003 stellen die 28,4% einen mehr als 200-prozentigen Anstieg dar (YS 18.04.2023).

2 Die Parteien

2.1 Die LDP

Neben dem Kabinett (siehe Abschnitt 3) bildete Premierminister Kishida in seiner Funktion als LDP-Vorsitzender auch die Parteiexekutive um. Parteivize Tarō Asō (ehemals Premierminister und langjähriger Finanzminister unter Abe) sowie Generalsekretär Toshimitsu Motegi (ehemals Außenminister) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum PARC (Policy Affairs Research Council)-Vorsitzenden machte Kishida Wirtschaftsminister Kōichi Hagiuda, zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees Toshiaki Endō und zum Vorsitzenden der Wahlkampfkommission den Vorsitzenden der ehemaligen Ishihara-Fraktion Hiroshi Moriyama (AS 10.08.2022).

Die Ermordung Shinzō Abes während des Oberhauswahlkampfes im Juli 2022 warf im Beobachtungszeitraum weiterhin ihre Schatten auf die japanische Politik. Abe war als langjähriger Premierminister und Parteivorsitzender zum Zeitpunkt seines Todes nach wie vor extrem einflussreich. Als Vorsitzender der größten LDP-Fraktion hatte sein Wort viel Gewicht. Das durch Abes plötzlichen Tod entstandene Machtvakuum zu füllen, hat sich als kompliziert erwiesen. So gibt es innerhalb der alten Abe-Fraktion nach wie vor verschiedene Ansichten über deren Zukunft: Während sich manche Mitglieder für die Wahl eines neuen Vorsitzenden ausgesprochen haben, wollen andere eine Führungsriege installieren (YS 21.07.2023). Der Ausgang dieses Ringens um die Zukunft der Fraktion hat allerdings auch potentielle Auswirkungen auf die gesamte Partei, denn die Ambitionen von mehreren führenden Fraktionsmitgliedern, z.B. Wirtschaftsminister Yasutoshi Nishimura und dem PARC-Vorsitzenden Hagiuda, gehen über den Fraktionsvorsitz hinaus: So hat ersterer erklärt, er strebe das Amt des Parteivorsitzenden an, während letzterer auf den Posten des Generalsekretärs schielt (YS 28.06.2023).

Die von Kishida neu installierte Parteiführung stand bereits kurz nach ihrer Vorstellung in der Kritik. Nach Abes Ermordung rückten die Vereinigungskirche (Moon-Sekte) und ihre Verbindungen zur japanischen Politik immer mehr in den Vordergrund. Dabei stellte sich heraus, dass die Sekte sehr proaktiv und erfolgreich um Kontakte im Regierungsviertel Nagata-chō geworben hatte. Kontakte bestanden auch zu manchen Oppositionspolitikern, aber der Fokus lag auf den Kontakten zu LDP-Politikern. Generalsekretär Motegi hatte Anfang September die Resultate einer Umfrage unter allen LDP-Ober- und Unterhausabgeordneten publik gemacht und versprochen, die Partei würde alle Verbindungen zu der Vereinigungskirche kappen (YS 15.09.2022). Die veröffentlichte Umfrage zeigte, dass 179 von 379 LDP-Abgeordneten Kontakt zur Vereinigungskirche hatten. In den Medien tauchten

bald darauf neue Namen auf, und Kritik an der Umfrage wurde laut (AS 30.09.2022).

Eine weitere Herausforderung für die Parteiführung war die Neuordnung der Wahlkreise im Unterhaus und die damit verbundene Koordination von KandidatInnen. Um die Verfassungsmäßigkeit der nächsten Unterhauswahlen zu garantieren, werden die Grenzen von 140 Wahlkreisen in 25 Präfekturen angepasst. Im Zuge dieser Veränderungen verlieren 10 ländliche Präfekturen (Miyagi, Fukushima, Niigata, Shiga, Wakayama, Okayama, Hiroshima, Yamaguchi, Ehime, Nagasaki) jeweils einen Sitz, während fünf (mehrheitlich) urbane Präfekturen (Tōkyō, Saitama, Chiba, Kanagawa und Aichi) 10 Sitze hinzugewinnen (MS 19.11.2022). Aus Sicht der LDP war vor allem die Koordination in Yamaguchi eine Herausforderung: Die Zusammenlegung der Wahlkreise Yamaguchi 3 und 4 bedeutet nämlich, dass die langjährige Konkurrenz zwischen den Familien Abe und Hayashi in die nächste Runde geht. Wie bereits unter 1.1 erwähnt, hält gegenwärtig Abes Nachfolger Yoshida den Wahlkreis Yamaguchi 4. Den benachbarten Wahlkreis Yamaguchi 3 vertritt Außenminister Hayashi. Die LDP-Parteiführung stand vor der heiklen Frage, welchen der beiden Amtsinhaber sie als Kandidaten im neu-fusionierten Wahlkreis Yamaguchi 3 aufstellen sollte. Immerhin hatten sich bereits zu Zeiten des alten Wahlsystems Abes Vater Shintarō und Hayashis Vater Yoshirō im südlichsten Wahlkreis Honshūs duelliert (AS 17.07.2023). Das Duell im Sommer 2023 um die Kandidatur im neuen Wahlkreis konnte Außenminister Hayashi für sich entscheiden. Ausschlaggebend für die Entscheidung pro Hayashi und kontra Yoshida war die Tatsache, dass Hayashi nicht nur de facto die Nummer 2 in der Kishida-Fraktion ist, sondern auch dank seiner langjährigen Tätigkeit als Kabinettsmitglied selbstredend ein anderes Standing hat als Yoshida, der im April 2023 zum ersten Mal ins Parlament gewählt worden war. Yoshida wird zumindest bei der nächsten Wahl versuchen, über die Parteiliste erneut ins Parlament einzuziehen (AS 17.06.2023).

2.2 Die Kōmeitō

Für den kleinen Koalitionspartner der LDP erwies sich 2022/2023 als ein schwieriges Jahr. Dies lag zum einen am Abschneiden der Partei bei den landesweiten Regionalwahlen im April 2023, zum anderen an Koordinationsproblemen mit der LDP.

Die Kōmeitō ist bekannt dafür, nur dort Kandidat*innen aufzustellen, wo diese auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Wahlsiege einfahren können (Smith 2014: 151). So gab die Parteispitze um den Vorsitzenden Natsuo Yamaguchi auch dieses Jahr den Sieg aller aufgestellten Kandidat*innen als Wahlziel aus. Dieses

Ziel wurde dieses Mal verfehlt. 12 Kandidat*innen auf Präfektur- bzw. Stadt- und Gemeindeebene verloren ihre Wahlen. Für die Kōmeitō ist dies ein neuer Negativrekord seit der Wiederformierung der Partei im Jahre 1998 (YS 16.05.2023).

Ein weiteres Problemfeld für die Kōmeitō ist ein handfester Streit mit dem langjährigen Koalitions-Partner LDP. Der Stein des Anstoßes war die Nominierung von Kandidaten in fünf neuen Unterhauswahlkreisen in Tōkyō. Um Bevölkerungswachstum in den Großstädten und Bevölkerungsschwund in ländlichen Regionen zu kompensieren, wurde die Zahl der in der Präfektur Tōkyō gelegenen Unterhauswahlkreise um 5 auf 30 erhöht (siehe hierzu 2.1). Den Plänen der Kōmeitō zufolge sollte einer ihrer Amtsinhaber im neuen Wahlkreis Tōkyō 29 antreten, und ein neuer Kandidat im Wahlkreis Tōkyō 28 aufgestellt werden. Die LDP war allerdings nicht bereit, letzteren Wahlkreis dem kleinen Koalitionspartner zu überlassen. Als Reaktion entschied sich die Kōmeitō zu einem drastischen Schritt: Sie kündigte die langjährige Unterstützung von LDP-Kandidat*innen in allen Tōkyōer Wahlkreisen auf (AS 21.06.2023). Die Synergie-Effekte der Wahlkampf- und Kandidaten-Koordination der beiden Regierungsparteien sind bekannt: Die Oppositionsparteien, ob die alte Demokratische Partei oder in der Gegenwart die KDP oder die JIP, sind vor allem in den urbanen Zentren eine Bedrohung für die LDP. Ohne die Stimmen von Kōmeitō-Anhänger*innen hätten LDP-Kandidaten in Tōkyō schlechtere Karten gegen die Opposition. Auf der anderen Seite hat die Kooperation mit der LDP es der Kōmeitō erlaubt, die Direktmandate in ihren Hochburgen (Teilen von Tōkyō sowie der Kansai-Region) zu verteidigen (siehe z.B. Klein und Hasunuma 2014: 241). Nach ursprünglich sehr hitzigen Wortgefechten versuchten beide Parteien im Sommer 2023 den Konflikt einzudämmen. So entschied die LDP-Führung, den neuen Wahlkreis Tōkyō 29 dem kleinen Koalitionspartner zu überlassen (AS 21.06.2023). Zudem verständigten sich die Parteivorsitzenden Kishida und Yamaguchi auf eine Fortsetzung der mehr als 20-jährigen landesweiten Wahlkampfkooperation. Die Wahlkreise in Tōkyō bleiben allerdings Stand Juli 2023 von dieser Regelung unangetastet (AS 28.06.2023).

2.3 Die Konstitutionell-Demokratische Partei und die Demokratische Partei des Volkes

Die beiden Oppositionsparteien mit Wurzeln in der alten Demokratischen Partei konnten sich auch im Beobachtungszeitraum nicht annähern. Die KDP unter ihrem Parteivorsitzenden Kenta Izumi musste im Sommer 2022 erst einmal die Niederlage bei der Oberhauswahl verdauen. Als Reaktion auf den Verlust von sechs Sitzen (39

nach der Wahl, im Vergleich zu 45 vor der Wahl) entschied sich Izumi für eine personelle Neuaufstellung der Parteiexecutive. Während er zuvor seine Mitbewerber*innen um den Posten des Parteivorsitzenden zu Mitgliedern der Exekutive gemacht hatte, entschied er sich im August 2022 für Erfahrung. Zum Nachfolger von Generalsekretärin Nishimura ernannte er den ehemaligen Parteivorsitzenden und Vize-Premierminister Katsuya Okada. Der ehemalige Gesundheitsminister Nagatsuma wurde Nachfolger von Junya Ogawa als PARC-Vorsitzender, der ehemalige Finanzminister Jun Azumi Nachfolger von Sumio Mabuchi als Vorsitzender des Komitees für Parlamentsangelegenheiten. Schnell wurde Kritik an der Neuausrichtung laut, weil sie den zuvor eingeläuteten Generationswechsel rückgängig gemacht hätte und die Partei nun wieder fest in der Hand der »alten Garde« gewesen wäre. So wurde die bis Mai 2023 andauernde Kooperation mit der Parlaments-Fraktion der JIP vor allem als Initiative der Veteranen interpretiert (MS 06.12.2022).

Auf die Ergebnisse der landesweiten Regionalwahlen im April 2023 und Meinungsumfragen haben die personellen Veränderungen jedoch keinen (positiven) Einfluss gehabt. In einer Umfrage vom Mai 2023 gaben 47% der Befragten an, dass sie die JIP geeignet für den Posten der größten Oppositionspartei hielten. Lediglich 25% nannten die KDP. Unter den wahlentscheidenden Wechselwählern nannten ca. 30% die JIP und ca. 20% die KDP, während 50% keine der beiden Parteien nannten. Während die JIP in allen Alterskohorten die Nase vorne hatte, wurde der Abstand zur KDP mit ansteigendem Alter der Befragten kleiner, auch war die JIP unter männlichen Befragten relativ populärer als unter weiblichen. Unterschiede zeigten sich auch auf regionaler Ebene. So entschieden sich 70% der Befragten im Kansai für die JIP, die dort ihre Heimatbasis hat, in Tōkyō sowie der Tōkai-Region stimmten nur 40% für die JIP, während sich ca. 30% für die KDP aussprachen (MS 23.05.2023). Diese Umfragewerte spiegeln klar die Stärke der JIP und die Schwäche der KDP vor allem in der Kansai-Region wider. Das erneut erstarkte Konkurrenzdenken zwischen JIP und DPV auf der einen und der KDP auf der anderen Seite dürfte eine vor allem in den Einzelwahlkreisen so entscheidende Koordination von Kandidaten erschweren und somit letztlich der Chancen der Regierungskoalition auf weitere Wahlsiege erhöhen.

Auch für die DPV waren die landesweiten Regionalwahlen kein Erfolgserlebnis (siehe 1.2). Unter ihrem Parteivorsitzenden Yūchirō Tamaki setzt die Partei weiter auf Dialog – statt Konfrontation – mit den Regierungsparteien. Ob die Partei diesen Kurs fortsetzt, wird u.a. vom Ausgang der Vorsitzenden-Wahlen im September 2023 abhängen. Neben Tamaki kündigte dessen Stellvertreter Seiji Maehara seine Kandidatur an. Während Tamaki an seinem Kurs festhalten will, erklärte Maehara, er wolle eine vereinte Opposition (ohne die Kommunistische Partei), die gegen die

LDP antritt (MS 04.08.2023). Hier zeigt sich erneut das große Dilemma der Oppositionsparteien seit 2012: Der mangelnde Konsensus, ob man nun konstruktiv mit der Regierungskoalition arbeiten und ab und zu einen Kompromiss aushandeln soll, oder ob man wieder eine große Oppositionspartei nach dem Vorbild der *Shinshintō* (New Frontier Party) oder der alten Demokratischen Partei (DPJ) anstreben soll. Für letztere Alternative bedarf es einer gewissen ideologischen Flexibilität, die in der Vergangenheit jedoch immer wieder zum Problem wurde. So konnte sich die DPJ zu Regierungszeiten nicht darauf verständigen, ob sie nun ihrem Wahlprogramm von 2009 treu bleiben sollte oder nicht. In der Folgezeit kam es immer wieder zu partei-internen Konflikten unter den Nachfolgern der DPJ und den Vorgängern der JIP um die Fragen für und wider Atomkraft oder Verfassungsreform (Winkler 2022: 151).

2.4 Die Japanische Innovationspartei

Der Kampf um die Vorherrschaft unter den Oppositionsparteien hat sich während des Beobachtungszeitraumes weiter zugespitzt. Die JIP scheint fest entschlossen, ihr Ziel, größte Oppositionspartei zu werden, bei den nächsten Wahlen zu erreichen. Während die Fraktionen von JIP und KDP zwischenzeitlich ihre Strategien im Parlament abgestimmt hatten, häuften sich im Laufe der ersten Jahreshälfte 2023 erneut Unstimmigkeiten und verbale Attacken auf die Gegenseite.

Trotz ihrer Erfolge hat die JIP auch mit Problemen zu kämpfen. Zum einen stellt sie auch nach den landesweiten Regionalwahlen im April keinen einzigen Abgeordneten in 10 Präfektur-Parlamenten. Der Parteivorsitzende Baba gab nach den Wahlen zu, dass die Politik der JIP auf urbane Zentren ausgelegt sei. Die größte Herausforderung der Partei sei die Formulierung von Politik, die auch ländliche Regionen anspreche (YS 27.04.2023). Des Weiteren hat die Partei immer wieder mit Skandalen zu kämpfen. So wurde ihr Fraktionsvorsitzender im Präfektur-Parlament von Ōsaka aus Fraktion und Partei ausgeschlossen, nachdem eine lokale Abgeordnete von sexueller Belästigung berichtet hatte (AS 29.05.2023). In Saitama erklärte der Wahlleiter die Wahl der ersten JIP-Abgeordneten im Präfektur-Parlament für ungültig, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Politikerin ihren Wohnsitz nicht wie rechtlich festgeschrieben für mindestens drei Monate in Saitama gehabt hatte (AS 15.07.2023).

Sicherzustellen, dass die JIP nicht das nächste Opfer der komplexen und mit vielen »Parteileichen« übersäten Geschichte der Oppositionsparteien wird, dürfte eine noch größere Herausforderung für die Partei werden als die Qualität von Kandi-

dat*innen. Bisher sind die rechtsgerichteten Oppositionsparteien, die sich nicht nur als Alternative zur LDP, sondern auch in vielerlei Hinsicht (z.B. in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik) als deren Spiegelbild präsentiert haben, allesamt gescheitert. Dies gilt sowohl für den 2012 von Ishihara und Hashimoto gegründeten JIP-Vorgänger sowie die 2017 von Yuriko Koike ins Leben gerufene *Kibō no Tō* (Partei der Hoffnung) (siehe hierzu Pekkanen und Reed 2023: 61).

3 Kabinett

Im August 2022 hatte Premierminister Kishida sein Kabinett umgebildet. Die wichtigsten Stützen (Regierungssprecher Matsuno, Finanzminister Suzuki, Außenminister Hayashi, LDP-Parteivize Asō und Generalsekretär Motegi) ließ er dabei unangetastet. Der Minister für wirtschaftliche Revitalisierung Yamagiwa sowie Land- und Infrastrukturminister Saitō von der Kōmeitō behielten ebenfalls ihre Posten. Mit dem Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales Katsunobu Katō (mehrmals Gesundheitsminister unter Abe, Regierungssprecher unter Suga), der Ministerin für wirtschaftliche Sicherheit Sanae Takaichi (ehemals Innenministerin), Verteidigungsminister Yasukazu Hamada (einst Verteidigungsminister im Kabinett Asō), dem Minister für digitale Angelegenheiten Tarō Kōno (ehemals u.a. Außen- und Verteidigungsminister) und Wirtschaftsminister Yasutoshi Nishimura (ehemals Minister für wirtschaftliche Revitalisierung und COVID-19-Gegenmaßnahmen) holte Kishida mehrere erfahrene LDP-Politiker zurück ins Kabinett. Auf der anderen Seite ernannte er neun Ober- und Unterhausabgeordnete, die zum ersten Mal in das Kabinett berufen wurden (AS 10.08.2022).

Die Kabinettsumbildung war u.a. eine Reaktion auf die lautwerdende Kritik an diversen Verbindungen zwischen der LDP und der Moon-Sekte in der Folge des tödlichen Attentats auf Kishidas Vorgänger Abe im Juli 2022. Nach anfänglichem Zögern versuchte sich die Partei von der in die Kritik geratenen Sekte zu distanzieren. Dies gestaltete sich jedoch wesentlich schwieriger als gedacht. So hatte Kishida bei der Kabinettsumbildung im August 2022 noch erklärt, dass die neuen Kabinettsmitglieder keine Kontakte zur Vereinigungskirche besaßen. In der Folge musste z.B. Daishirō Yamagiwa, der Minister für wirtschaftliche Revitalisierung, diverse Verbindungen zur Vereinigungskirche einräumen. Im Angesicht der stärker werdenden Kritik musste Yamagiwa letztlich seinen Posten im Kabinett räumen. Kishida ernannte darauf den ehemaligen Gesundheitsminister Shigeyuki Gotō zu Yamagiwas Nachfolger. Auch an den Spitzen des Innen- und Justizministeriums gab es Wechsel, nachdem Minoru Terada und Yasuhiro Hanashi durch den ehemaligen

Außenminister Takeaki Matsumoto, sowie Ken Saitō (ehemals Vize-Gouverneur der Präfektur Saitama) ersetzt worden waren. Im Dezember 2022 musste Kishida mit Wiederaufbauminister Kenya Akiba erneut einen Minister entlassen (zu den Gründen, siehe Abschnitt 4). In allen vier Fällen wurde der Premierminister für seine zögerliche Haltung und das (zu) lange Festhalten an seinen Kabinettsmitgliedern kritisiert (MS 28.12.2022).

Optimistische Stimmen hatten Kishida drei »goldene Jahre« vorausgesagt. Nach der gewonnenen Oberhauswahl im Sommer 2022 stehen die nächsten planmäßigen Parlamentswahlen erst wieder 2025 an. Andererseits finden Unterhauswahlen in Japan in der Regel vor Ablauf der Legislaturperiode statt, wenn sich der Premierminister entschieden hat, zu einem opportunen Zeitpunkt das Unterhaus aufzulösen und damit den Weg frei für Neuwahlen zu machen. Im Kabinett und der LDP hatte man laut Medienberichten mit dem Gedanken gespielt, Neuwahlen für die Zeit nach dem G7-Gipfel in Hiroshima anzusetzen. Die erfolgreiche Ausrichtung des Gipfels, zumal in Kishidas politischer Heimat, sollte, so die Gedankenspiele, den Zustimmungsraten zum Kabinett einen Schub geben, der sich in einen LDP-Wahlsieg umzumünzen lassen sollte (YS 16.06.2023). Mitte Juni beendete Kishida selbst die Spekulationen, mit der Ansage, dass er das Unterhaus während der bis Juni andauernden Sitzungsperiode nicht auflösen werde (MS 17.06.2023).

Ein Grund für diese Entscheidung ist wohl in den Umfragewerten zu suchen: Die Zustimmung zum Kabinett stieg nach dem Gipfel temporär an und erreichte Werte wie im Sommer 2022 (45% Zustimmung in der Mai-Umfrage der *Mainichi Shinbun*). Nur einen Monat später fiel die Zustimmungsrate auf 33% (MS 19.06.2023). Im Juli 2023 sank der Anteil derer, die das Kabinett positiv sahen, weiter auf 28% (MS 24.07.2023). Die Gründe für Kishidas relativ geringe Zustimmung sind vielfältig. Zum einem wurde vor dem G7-Gipfel massive Kritik an Kishidas zögerlicher Reaktion auf die Affäre um seinen Sohn laut (siehe Abschnitt 4). In einer Umfrage der *Mainichi Shinbun* gaben 51% der Befragten an, die Entlassung des Sohnes sei zu spät erfolgt (MS 19.06.2023).

Noch mehr als die »Familienfotos« aus der Residenz des Premierministers und die darauffolgende Entlassung beschäftigte die Öffentlichkeit das Thema Bürgeridentifikationskarte (My Number Card). In der obigen Mainichi-Umfrage gaben mehr als 60% der Befragten an, besorgt über das My Number-System zu sein (MS 24.07.2023). Die im Jahre 2016 eingeführte Chipkarte sollte nach den Plänen der Regierung nicht nur die Notwendigkeit von Behördengängen reduzieren, sondern auch diverse, bei öffentlichen Einrichtungen gespeicherte Personendaten zusammenführen. Es ist angedacht, dass die Karte Stück für Stück Krankenversicherungskarte, Führerschein, Aufenthaltsgenehmigungs-Karte, etc. ersetzen soll. Vor allem

der Minister für Digitale Angelegenheiten, Tarō Kōno, plante diesen Prozess zu beschleunigen, indem die My Number-Karte z. B. bereits zum Herbst 2024 Krankenversicherungskarten obsolet machen soll. Nach den Plänen der Regierung sollen alle Versicherungskarten ein Jahr danach, also im Herbst 2025, ihre Gültigkeit verlieren (YS 25.07.2023). Just während die Regierung ein Zeichen in Richtung fortschreitende Digitalisierung setzen wollte, wurden mehrere Probleme mit den Karten bekannt: So hatten Bürger*innen Karten erhalten, die eigentlich für andere Personen bestimmt waren. In anderen Fällen konnten Bürger*innen öffentliche Dokumente wie Meldebescheinigungen anderer Personen ausdrucken. Des Weiteren wurden Fälle bekannt, in denen Krankenkassendaten mit der falschen My Number-Karten verknüpft worden waren oder Bürger*innen die Renteninformationen anderer Personen einsehen konnten. Während es sich bei den falschen Ausdrucken um einen Fehler im System des Anbieters handelte, war in den anderen Fällen die inkorrekte Eingabe von Daten schuld an den Problemen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ein Impetus für die Einführung der My Number-Karten ähnlicher Natur war: Der Skandal um die Rentendaten, der 2007 publik wurde: Damals wurde bekannt, dass 50 Millionen Rentenkonto inkorrekt mit Identifikationsnummern verknüpft worden waren (NHK 22.06.2023). Der Skandal war ein Grund für die Niederlage der LDP bei der Oberhauswahl 2007.

Im Hier und Jetzt hat die Regierung angekündigt, bis Herbst eine Kontrolle der My Number-Daten durchzuführen. Da die eigentliche Inspektionsarbeit jedoch bei den Kommunen liegt, haben Gouverneure bereits vor einer Überforderung der lokalen Verwaltungen gewarnt (AS 26.07.2023). Ein weiteres Problem für Kabinett und Regierungsparteien ist die ablehnende Haltung in der Bevölkerung. Einer Umfrage der *Yomiuri* im Juli 2023 zufolge, lehnten 58% der Befragten die Integration der Krankenversicherungskarte in die My Number-Karte ab. Nur 33% der Befragten sahen den Plan der Regierung positiv (YS 25.07.2023). Als Reaktion auf die stärker werdende Kritik erklärte Premierminister Kishida Anfang August, dass die Abschaffung der bisherigen Krankenkassenkarten zwar wie geplant umgesetzt werden solle. Allerdings sollen Bescheinigungen über den Krankenkassen-Status von Patienten, die die in die My Number-Karte integrierte Krankenversicherungskarte nicht beantragt haben, helfen, potentiell Chaos in Arztpraxen und Kliniken zu vermeiden (MS 05.08.2023).

Mit Blick auf den fortschreitenden demographischen Wandel beschloss das Kabinett im Juni 2023 seine Zukunftsstrategie für Kinder. Eine wichtige Rolle spielt hierbei das Kindergeld. Bisher gab es in Japan eine Einkommensgrenze für Kindergeld. Diese entfällt ab September 2024. Für Kinder von 0 bis 2 Jahren erhalten Eltern ab September 2024 15.000 Yen pro Monat. Vom dritten Lebensjahr bis zum Ober-

schulalter soll es 10.000 Yen pro Kind und Monat geben. Bisher wurde Kindergeld nur bis zur Mittelschule gezahlt. Ab dem dritten Kind steigt das Kindergeld auf 30.000 Yen pro Monat an. Darüber hinaus werden die Kosten für eine natürliche Geburt ab Fiskaljahr 2026 von der Krankenkasse übernommen. Das Strategiepapier sieht weiterhin vor, dass Eltern, unabhängig von ihrem Beschäftigungsverhältnis, ihre Kinder flexibel in Kindertagesstätten abgeben sollen können. Zudem sollen Väter dazu animiert werden, nach der Geburt Elternzeit in Anspruch zu nehmen (YS 14.06.2023).

In Sachen Verteidigungspolitik und Energiepolitik trieb Kishida weiterreichende Weichenstellungen voran. Bereits unter Abe wurde Atomkraft wieder als eine »wichtige Grundlastenergiequelle« beschrieben. Andererseits waren LDP und Wirtschaftsministerium sehr lange zurückhaltend, wenn es um die konkrete Zukunft der Atomenergie ging. Kishida beendete diese Zurückhaltung und kündigte zwei wichtige Initiativen an: Zum einen erlaubt eine im Mai 2023 verabschiedete Gesetzesänderung den Betreibern von kommerziellen Atommeilern, diese länger als bisher am Netz zu lassen. Nach dem Reaktorunglück im Kraftwerk Fukushima Daiichi hatte die damalige DPJ-Regierung eine Laufzeitobergrenze von 40 Jahren beschlossen. Nach einer strengen Sicherheitsprüfung konnte diese Laufzeit um weitere 20 Jahre verlängert werden. Der neue gesetzliche Rahmen behält diese Obergrenzen bei, ändert allerdings die zugrundeliegende Berechnungsmethode. So wird die Zeit, in denen ein Reaktor abgeschaltet ist, nicht mehr auf die Gesamtlaufzeit angerechnet. Dies ist von großer Relevanz, da viele Reaktoren, vor allem im Osten und Norden Japans, seit dem Reaktorunglück abgeschaltet sind. So müsste der von Hokkaido Electric Power Company (HEPCO) betriebene Reaktor Tomari 3, der 2009 ans Netz gegangen ist, nach der alten Regelung (ohne Laufzeitverlängerung) 2049 endgültig abgeschaltet werden. Nach der neuen Regelung könnte Tomari 3 mindestens 12 weitere Jahre, d. h. bis 2061, im Betrieb bleiben. Der Reaktor war erst 2009 in den kommerziellen Betrieb gegangen und ist seit 2011 nicht wieder hochgefahren worden. Immer wieder geriet der Betreiber mit der Atomaufsichtsbehörde aneinander, welche Probleme in den von HEPCO eingereichten Dokumenten bemängelte. HEPCO führte diese Probleme auf einen akuten Personalmangel, der nur langsam behoben werden konnte, zurück (AS 10.06.2023; YS 16.07.2023). Darüber hinaus kündigte Premier Kishida die Entwicklung einer neuen Generation von Atomreaktoren mit höheren Sicherheitsstandards an. Diese neuen Reaktoren sollen dann den Platz von stillgelegten Reaktoren einnehmen (YS 16.07.2023).

In Sachen Verteidigungspolitik stand bzw. steht die Frage im Raum, wie Japan auf die russische Invasion der Ukraine sowie die Spannungen in der Straße von Taiwan und auf der koreanischen Halbinsel reagieren soll. Die Stärkung der Selbstverteidi-

gungsstreitkräfte stieß innerhalb der LDP nicht auf Kritik, wohl aber die Frage der Finanzierung. So beschloss das Kabinett im Dezember 2022, das Budget für Verteidigung weiter auszubauen, mit dem Ziel, im Jahre 2027 2% des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben (YS 17.12.2022). Das Ziel von 2% ist dieselbe Marke, die alle NATO-Mitgliedsstaaten sich selbst auferlegt haben, auch wenn viele, wie z.B. die Bundesrepublik, dieses Ziel regelmäßig verfehlen. Die wahrscheinlich kontroverseste Komponente von Kishidas neuer Verteidigungspolitik ist die Option auf einen Gegenschlag, z.B. mit Tomahawk-Marschflugkörpern. Die Regierung argumentierte, dass dieser Schritt vor dem Hintergrund der stetigen Weiterentwicklung von Raketen und den Problemen, diese durch einen Abwehrschirm abzufangen, unausweichlich sei. Kishida selbst betonte, die Selbstverteidigungsstreitkräfte besäßen im Hier und Jetzt nicht genug Abschreckungspotential, um potentielle Aggressoren von Angriffen abzuhalten (YS 17.12.2022). Im Juni 2023 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz, das die langfristige Stabilität der japanischen Rüstungsindustrie sicherstellen soll. Diese ist in den vergangenen Jahren stark geschrumpft, nachdem viele Unternehmen sich mit Blick auf hohe Entwicklungskosten, die Produktion geringer Stückzahlen für einen einzigen Kunden (die Selbstverteidigungsstreitkräfte) und den resultierenden geringen Aussichten auf Profite aus dem Rüstungssektor zurückgezogen haben. Um diesem Exodus Einhalt zu gebieten, sieht das neue Gesetz u.a. die finanzielle Unterstützung und die temporäre staatliche Übernahme von Produktionsstätten von in wirtschaftliche Schieflage geratenen Unternehmen vor. Außerdem regelt es die strafrechtliche Verfolgung von Unternehmens-Mitarbeitern, die sensible Informationen aus dem Verteidigungsministerium an Dritte weitergeben (AS 08.06.2023).

Die Finanzierung dieser proaktiveren Rüstungspolitik ist indes noch nicht klar. Zum einen ist das Thema selbst innerhalb der LDP umstritten, zum anderen ist die Frage einer potentiellen Steuererhöhung selbstredend eine, die Regierungsparteien mit Blick auf Wahlen gerne ausklammern (MS 17.06.2023).

Mit einer mehrjährigen Verspätung wurde der Gesetzentwurf zur Förderung des Verständnisses gegenüber der LGBT-Gemeinde ins Parlament eingebracht und im Juni 2023 verabschiedet. Nachdem der Gesetzentwurf, auf den sich Regierungskoalition und Opposition ursprünglich zu Zeiten des Kabinetts Suga geeinigt hatten, auf starken Widerstand des rechten Parteiflügels der LDP gestoßen war, kam es 2021 nicht zu einer Abstimmung über selbigen (AS 08.07.2023). Die gescheiterte Gesetzesinitiative wurde vor dem G7-Gipfel in Hiroshima erneut ein Thema. Der Hintergrund: Als Gastgeber des G7-Gipfels sah sich die japanische Regierung der Kritik ausgesetzt, das Thema Diskriminierung von sexuellen Minderheiten zu ignorieren (YS 17.05.2023). Während gleichgeschlechtliche Ehen in den anderen sechs

G7-Staaten rechtlich anerkannt werden, argumentiert die japanische Regierung, dass Artikel 24 der Verfassung die Ehe klar als eine Verbindung zwischen Mann und Frau definiere. Kritiker hingegen verweisen darauf, dass die Mütter und Väter der 1947 in Kraft getretenen Verfassung die obige Problematik schlecht erahnen konnten und folglich Artikel 24 nicht als Argument gegen gleichgeschlechtliche Ehe angeführt werden könne (z. B. Kondō 2016: 148–149). Auf Bezirksgerichtsebene hat es zu dem Thema verschiedene Urteile gegeben. In zwei Fällen entschieden Gerichte in Sapporo und Nagoya, dass das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen verfassungswidrig sei. Die Bezirksgerichte in Tōkyō und Fukuoka kamen zu dem Schluss, dass es sich bei dem Verbot um einen verfassungswidrigen Zustand handle. Im Gegensatz zu den Urteilen der Gerichte in Sapporo und Nagoya handelt es sich hierbei um die juristische Version einer gelben Karte. Das Bezirksgericht Ōsaka hingegen sah die jetzige Regelung als verfassungskonform an. Die Gerichte in Sapporo und Nagoya begründeten ihre Urteile mit dem Verweis auf das Gleichheitsgebot von Artikel 14 der Verfassung. Das Bezirksgericht Sapporo beanstandete, dass gleichgeschlechtliche Paare ohne rationale Grundlage diskriminiert würden, weil ihnen die rechtlichen Ansprüche, welche Ehepaare geltend machen können, komplett verwehrt wären. Dies stelle, so das Gericht, eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz dar. Das Bezirksgericht Tōkyō hingegen argumentierte, dass die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens dem Ermessungsspielraum des Gesetzgebers obliege, daher sei ein Verbot nicht verfassungswidrig. Der Mangel eines solchen rechtlichen Rahmens für gleichgeschlechtliche Paare und ihre Familien befinde sich jedoch in einem verfassungswidrigen Zustand zu dem auf der Würde des Individuums basierenden Artikel 24 Paragraph 2 (NHK 08.06.2023).

In dem im Juni 2023 verabschiedeten Gesetzestext ist nach Kritik aus den Reihen der LDP das Verbot von Diskriminierung abgeschwächt worden, zudem wurde auf Anregung u. a. der JIP ein Passus hinzugefügt, wonach Rücksicht getragen werden solle, dass alle Bürger*innen ihrem Leben ohne Sorgen nachgehen können. Größere Akzeptanz im Rahmen des Schulunterrichts solle in Kooperation mit Eltern und der lokalen Gesellschaft erreicht werden. Kritiker warfen der Regierung daraufhin vor, das ursprüngliche Ziel des Gesetzes, nämlich eine größere Akzeptanz von Minderheiten, verwässert zu haben. Stattdessen sei das Gesetz vor allem ein Mittel, um Ängste in Teilen der Bevölkerung abzubauen (AS 08.07.2023). Auch konservative Kritiker waren nicht zufrieden und gründeten eine parlamentarische Gesellschaft, die etwaige Probleme des Gesetzes untersuchen will (AS 08.07.2023).

4 Skandale

Wie auch schon seine Vorgänger hatte Premierminister Kishida mit etlichen Skandalen zu kämpfen. Neben dem bereits unter 2.1 erwähnten Beziehungen der LDP zu der Vereinigungskirche, sorgten auch »klassische« Skandalthemen für Entlassungen auf höchster Ebene. Die bereits unter Abschnitt 3 erwähnten Personalwechsel im Kabinett Ende 2022 waren die Konsequenz aus zu engen Kontakten zu der Vereinigungskirche, einem Fauxpas, sowie zwei weiteren »Geld und Politik«-Skandalen.

Während andere (ehemalige) Kabinettsmitglieder, die Kontakte zu der Sekte zu gegeben hatten, nicht wieder ins Kabinett berufen worden waren, berief Kishida Yamagiwa erneut in das neue, im August 2022 umgebildete Kabinett. Bereits bei seiner Antrittspressekonferenz musste Yamagiwa allerdings Verbindungen zur Vereinigungskirche einräumen. Im Laufe der folgenden zwei Monate wurden weitere Details bekannt, u. a. dass Yamagiwa die Vorsitzende der Vereinigungskirche selbst getroffen hatte. Ende Oktober 2022 war der Minister somit nicht mehr zu halten (MS 25.10.2022).

Innenminister Minoru Terada musste seinen Hut nehmen, nachdem bekannt geworden war, dass Angaben in seinen Rechenschaftsberichten zu seinen politischen Ein- und Ausgaben inkorrekt waren (AS 21.11.2022). Justizminister Hanashi hatte sich auf einer Veranstaltung gleich mehrere Fauxpas geleistet. Unter anderem sagte Hanashi, dass sein damaliger Posten »schlicht« sei. Als Justizminister würde man immer nur dann in den Mittagsnachrichten erscheinen, nachdem man am Morgen die Vollstreckung der Todesstrafe mit einem Aufdruck seines Namenssiegel angeordnet hätte (YS 12.11.2022).

Die Parteiorganisation, der Wiederaufbauminister Kenya Akiba vorgestanden hatte, bezahlte der Mutter sowie der Ehefrau des Ministers Miete für die Nutzung eines Büros in Akibas Heimatwahlkreis in der Präfektur Miyagi. Nach dem Bekanntwerden dieses Konstruktes stand schnell der Vorwurf im Raum, Akiba habe gegen das Gesetz über die Wahl in öffentlichen Ämtern verstoßen (MS 28.12.2022).

Wie Akiba trat auch die parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium Mio Sugita Ende 2022 von ihrem Amt zurück. Sugita hatte in der Vergangenheit immer wieder mit kontroversen Aussagen für Entrüstung gesorgt. 2018 hatte sie sexuellen Minderheiten »mangelnde Produktivität« vorgeworfen. Zwei Jahre später zweifelte sie die Verlässlichkeit der Aussagen von Opfern sexueller Gewalt mit der Bemerkung an, dass Frauen viele »Lügen« erzählen würden (MS 28.12.2022). Nach ihrer Ernennung wurden diese Aussagen erneut Gegenstand von Parlamentsdebatten und zwangen die Staatssekretärin letztlich zum Rücktritt (YS 28.12.2022).

Zwei weitere Skandale ereigneten sich in Kishidas nächstem Umfeld. Anfang Februar 2023 sorgte ein Sekretär von Kishida mit homophoben Aussagen über LGBT+ für massive Kritik. In einem Interview sagte Masayoshi Arai, Ministerialbeamter aus dem Wirtschaftsministerium und abgestellt als einer der wichtigsten Sekretäre des Premierministers, er könnte es nicht ertragen, neben einem LGBT-Paar zu wohnen. Sollten gleichgeschlechtliche Eheschließungen in Japan legal werden, würden, so Arai, Menschen das Land verlassen. Die homophoben Aussagen seines Redenschreibers zwangen den Premierminister letztlich, Arai von seinen Aufgaben zu entbinden (YS 07.02.2023).

Im Mai 2023 trat Fumio Kishidas Sohn, Shōtarō Kishida, von seinem Amt als Sekretär des Premierministers zurück. Kishida war erst ein halbes Jahr zuvor von seinem Vater ernannt worden. Der Sohn des Premierministers hat bereits im Januar für Schlagzeilen gesorgt, nachdem er sich auf einer Auslandsreise zum Kauf von Geschenken für Kabinettsmitglieder hatte fahren lassen. Medien und Opposition kritisierten daraufhin die Vermengung von öffentlichem Dienst und Privatvergnügen. Zum Verhängnis sollte dem Sohn des Premierministers eine Silvesterfeier im altherwürdigen offiziellen Wohnsitz des Premierministers werden. Bilder der Feier, welche die Feiernden u. a. beim Nachstellen des traditionellen Gruppenfotos des Kabinetts bei Amtsantritt zeigten, landeten bei der Boulevardpresse. Die Kritik an den Fotos folgte prompt und führte letztlich dazu, dass Premierminister Kishida seinen Sohn entlassen musste. Der Premierminister selbst wurde dafür kritisiert, seinen Sohn ernannt zu haben, und dann, nachdem die Affäre ihren Lauf genommen hatte, zu langsam und zu zaghaft auf die Vorwürfe zu reagieren (AS 24.06.2023).

Im Juni 2023 kündigte der Oberhausabgeordnete Kōjirō Takano (Wahlkreis Tokushima-Kōchi) von der LDP seinen Rücktritt an, nachdem bekannt wurde, dass er seinen ehemaligen Sekretär blutig geschlagen hatte. Takanos Nachfolger*in wird in einer Beiwahl im Oktober 2023 ermittelt (MS 23.06.2023).

Anfang August 2023 wurden Ermittlungen der Sonderuntersuchungsabteilung der Tōkyōter Staatsanwaltschaft gegen den LDP-Unterhausabgeordneten und parlamentarischen Staatssekretär im Außenministerium Masatoshi Akimoto (Wahlkreis Chiba 9, gewählt im West-Kantō Block auf der Liste im Verhältniswahlrecht) und den Windstromerzeuger JWD bekannt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Akimoto und die Firma wegen Bestechung. Sie geht dabei der Frage nach, ob Akimoto im Gegenzug für etwaige Lobby-Arbeit in Sachen Windkraft 30 Millionen Yen von JWD erhalten hat. Der Präsident von JWD hat den Bestechungsverdacht bestritten, aber Akimoto trat nach Bekanntwerden der Ermittlungen nicht nur als Staatssekretär zurück, sondern reichte auch seinen Parteiaustritt ein (MS 06.08.2023).

In März 2023 sorgte der KDP-Oberhausabgeordnete Hiroyuki Konishi mit Kraftausdrücken für Aufsehen. Konishi störte sich an der Entscheidung, wöchentliche Sitzungen der Komitees zum Thema Verfassung in Ober- und Unterhaus abzuhalten. Nur »Affen«, welche sich über die Verfassung keinen Gedanken machten, kämen auf eine solche Idee, so Konishi. Die Verfechter der wöchentlichen Sitzungen seien »Barbaren«. Konishi war anscheinend gegen die Idee, weil er der Meinung war, dass der kurze Abstand zwischen den Sitzungen keine ernsthaften Diskussionen über die Verfassung zuließe. Selbstredend ging diese Nuance in der Debatte um die Verbalinjurien unter. Konishi wurde letztlich von seinem Amt als Leiter der Oppositionsparteien im Oberhauskomitee zur Verfassung entbunden (MS 01.04.2023).

5 Der Umgang mit der Vereinigungskirche nach dem Attentat auf Ex-Premier Abe

Die Ermordung des ehemaligen Premierministers Abe hatte nicht nur Auswirkungen auf die Machtverhältnisse in der LDP sowie das Verhältnis der Partei zu der Vereinigungskirche (siehe hierzu 2.1). Das Attentat warf erneut die in der Vergangenheit vieldiskutierte Frage nach dem Umgang mit religiösen Körperschaften auf. So stand die Vereinigungskirche bereits in den 1980er und 1990er Jahren in der Kritik, nachdem bekannt geworden war, dass die Sekte angeblich heilsbringende Gegenstände für horrenden Summen an Gläubige verkauft hatte. In mindestens 22 zivilrechtlichen Verfahren hatten Gerichte die Schuld der Vereinigungskirche festgestellt (MS 25.10.2022a). Auch die Mutter von Abes Attentäter, Tetsuya Yamagami, hatte in der Vergangenheit mehr als großzügig an die Vereinigungskirche gespendet. Yamagami selbst hat die Vereinigungskirche für die finanziellen Sorgen seiner Familie verantwortlich gemacht (AS 08.12.2022).

Die Konsequenzen aus dieser komplizierten Vergangenheit wurden somit zum Gegenstand kontroverser Diskussionen. Dabei ging es vor allem um zwei Fragen: Erstens, sollte die Vereinigungskirche ihren Status als religiöse Körperschaft verlieren oder behalten? Und zweitens, wie kann ein effektiver Opferschutz aussehen, der weitere Familientragödien verhindert oder lindert?

Im Oktober 2022 leitete das Amt für Kunst und Kultur auf Basis des Gesetzes über religiöse Körperschaften eine Untersuchung gegen die Vereinigungskirche ein. Sollte sich das Amt aufgrund der Beweislage entscheiden, bei Gericht eine Anweisung zur Auflösung der religiösen Organisation zu beantragen, und diese bestätigt werden, würde die Organisation ihren Status als religiöse Körperschaft und die da-

mit verbundenen steuerlichen Vergünstigungen verlieren. Bisher haben lediglich zwei Körperschaften (die Aum-Sekte und die in Wakayama ansässige Meikakuji-Sekte) ihren Status verloren, nachdem führende Mitglieder in Strafverfahren schuldig gesprochen worden waren (MS 26.10.2022). Ein generelles Verbot einer religiösen Vereinigung ist im gesetzlichen Rahmen der Nachkriegsverfassung nicht vorgesehen, sodass religiöse Körperschaften zwar ihren Status verlieren, aber auch danach als religiöse Gemeinschaft ohne selbigen Status weiter existieren oder neugegründet werden können (Ashibe und Takahashi 2019: 161–164).

Im Gegensatz zu dem von Sektengründer Asahara angeordneten Terror der Aum-Sekte oder den Betrügereien des Meikakuji, wurde bisher kein führendes Mitglied der Vereinigungskirche in einem Strafverfahren für schuldig befunden. Im Oktober 2022 erklärte Premierminister Kishida, dass auch die Verurteilung in zivilrechtlichen Verfahren als Grund für die Beantragung der Aberkennung des Status einer religiösen Körperschaft ausreiche (MS 26.10.2022). Stand Juli 2023, hat das Amt für Kunst und Kultur sieben Anfragen an die Vereinigungskirche gestellt. Konkret handelt es sich bei diesen Anfragen um einen Fragenkatalog (MS 22.07.2023). Auf Basis dieser und anderer Daten, wird das Amt letztlich entscheiden, ob und wann ein etwaiger Antrag bei Gericht gestellt wird.

Die Frage nach dem Opferschutz führte zu intensiven Parlamentsdebatten und einem Gesetz mit dem Ziel, Sektenopfern zu helfen. Das Resultat dieser Auseinandersetzungen und letztlich der Kooperation von Regierungs- und Oppositionsparteien ist das Opferentschädigungsgesetz. Das Gesetz untersagt das ungerechte Bewerben von Aktivitäten, welche Individuen verwirren, wie z.B. das Betonen der Notwendigkeit von Spenden. Weiterhin legt das Gesetz Organisationen eine Rücksichtnahmepflicht auf. Damit soll verhindert werden, dass Individuen, die z.B. aufgrund von Gehirnwäsche nicht mehr in der Lage sind, freie Entscheidungen zu treffen, ausgebeutet werden können. Außerdem soll sichergestellt werden, dass das Spendenvolumen nicht den Lebensunterhalt des Einzelnen bzw. der Familie gefährdet. Bei Zuwiderhandlungen können Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr oder Geldstrafen von bis zu einer Millionen Yen verhängt werden (NHK 10.12.2022). Zudem wurde das Verbrauchervertragsgesetz reformiert, sodass Verträge, die auf Basis unlauterer Geschäftsmethoden abgeschlossen wurden, über einen Zeitraum von zehn Jahren anfechtbar sind (NHK 10.12.2022).

Kritiker, wie Anwälte, die sich seit langem für Sektenopfer einsetzen, sahen die Rücksichtnahmepflicht als unzureichend an. Sie forderten eine Prüfung, ob und inwieweit ein Verbot von Spenden unter dem Einfluss von Gehirnwäsche machbar sei (NHK 10.12.2022).

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (10.08.2022), »Hamada Bōeishō, Takaichi Keizai-anposhō« [Verteidigungsminister Hamada, Ministerin für wirtschaftliche Sicherheit Takaichi], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (30.09.2022), »Jimin, Tenken More tsugitsugi« [LDP, immer weitere Lücken in der Inspektion], S. 27.
- AS (*Asahi Shinbun*) (21.11.2022), »Terada Sōmushō o Kōtetsu« [Innenminister Terada entlassen], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (08.12.2022), »Tsuyoki Rikken, Yoron niramī Chakuchi« [Angriffslustige KDP, Landung mit Blick auf die öffentliche Meinung], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (27.12.2022), »Kōno-shi Hakuhyō no 4-sen« [Vierter Wahlsieg von Herrn Kōno auf dünnem Eis], Morgenausgabe Miyazaki, S. 19.
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.04.2023), »Bunretsu Jimin, Uramibushi« [Gespaltene LDP, Worte der Verbitterung], S. 23.
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.04.2023a), »3-bunretsu, Tokushima ha Gotōda-shi Genshoku to Zen Sanin Giin yaburu Chijisen« [Gouverneurswahl in Tokushima: Spaltung in drei Gruppen: Herr Gotōda besiegt Amtsinhaber und ehemaligen Oberhausabgeordneten], Ōsaka Morgenausgabe, S. 22.
- AS (*Asahi Shinbun*) (24.04.2023), »Rikken, Ōita ›Kyōtō‹ Minorazu« [KDP, Kooperation trägt keine Früchte in Ōita], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (24.04.2023a), »›Seshū‹ Kishi-shi, Masa ka no Shinshō« [Unerwartet knapper Sieg für »Erbfolger« Kishi], S. 5.
- AS (*Asahi Shinbun*) (29.05.2023), »Shasetsu: Giin no Sekuharu Ishin no Taiō ga towareru« [Leitartikel: Sexuelle Belästigung, Reaktion der JIP in Frage gestellt], S. 6.
- AS (*Asahi Shinbun*) (08.06.2023), »Bōei Sangyō ›Kokuyūka‹ Kanō ni« [»Verstaatlichung« der Rüstungsindustrie wird möglich], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (10.06.2023), »Tomari Genpatsu no Kijun Jishindō, Ryōshō« [Atomkraftwerk Tomari, [Daten zu] seismischen Bodenbewegungen akzeptiert], Morgenausgabe Hokkaidō, S. 25.
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.06.2023), »Yamaguchi Shin-3-ku ha Hayashi Gaishō« [Kandidatur im neuen Wahlkreis Yamaguchi 3 geht an Außenminister Hayashi], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (21.06.2023), »Jimin, Tōkyō de Kōmei e Ayumi yori« [LDP geht in Tōkyō auf Kōmeitō zu], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (24.06.2023), »Shushō, ›Mibiiki‹ No Daishō« [Premierminister, Preis für Vetterwirtschaft], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (28.06.2023), »Jikō ›Tōkyō igai de Kyōryoku‹ Gōi« [LDP und Kōmeitō einigen sich auf Kooperation in Wahlkreisen mit der Ausnahme von Tōkyō], S. 3.

- AS (*Asahi Shinbun*) (08.07.2023), »Taisai Yūsen, Kasumu Rikai Zōshin« [Priorität für äußere Erscheinung, eingetrübte Förderung der Akzeptanz], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (15.07.2023), »Ishin Kengi no Tōsen Mukō« [Wahl von JIP-Präfektur-Abgeordneter annulliert], S. 32.
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.07.2023), »Senkyoku ushinai, sameyuku Jimoto« [Wahlkreis verloren, abgekühlte Heimat], S. 26.
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.07.2023), »Sōtenken, Hairyo ni Yōsei« [Generalinspektion, Forderung nach Rücksicht], S. 30.
- Ashibe, Nobuyoshi und Kazuyuki Takahashi (2019), *Kenpō*. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Klein, Axel und Linda Hasanuma (2014), »Kōmeitō in Coalition«, in: George Ehrhardt, Axel Klein, Levi McLaughlin und Steven R. Reed (Hg.), *Kōmeitō: Politics and Religion in Japan*, Berkeley: Institute of East Asian Studies University of California, S. 240–265.
- Kondō, Atsushi (2016), *Jinkenhō* [Menschenrechtsgesetze], Tōkyō: Nihon Hyōronsha.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (25.10.2022), »Yamagishi Keizai Saiseishō, Kōtetsu« [Minister für wirtschaftliche Revitalisierung Yamagiwa entlassen], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (25.10.2022a), »Kyū Tōitsu Kyōkai Chōsa Shushō, Kyōdan Higaisha to Menkai Hyōmei« [Untersuchung der ehemaligen Vereinigungskirche, Premierminister kündigt Treffen mit Sektenopfern an], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (26.10.2022), »Kyūtōitsukyōkai, Mīnpō Fuhō Kōi mo Kaisan Yōken« [Ehemalige Vereinigungskirche, zivilrechtliche Delikte auch eine Vorbedingung für Auflösung], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (19.11.2022), »Kaisei Kōshikihō: ›10-zō 10-gen‹ Seiritsu« [Reformiertes Wahlgesetz in Kraft getreten »Plus von 10, Minus von 10 Wahlkreisen«], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (06.12.2022), »Rikken Minshutō: Izumi Daihyō, Kyokusetsu no ichinen« [KDP: Vorsitzender Izumi, ein unbeständiges Jahr], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.12.2022), »Kishida Shushō: Fukkōshō Kōtetsu« [Premierminister Kishida: Entlassung des Wiederaufbauministers], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (01.04.2023), »Kenpōshin Kanji, Saru Hatsugen no Konishi-shi Kōtetsu« [Leiter des Komitees zur Verfassung, Herr Konishi nach Affen-Kommentar entlassen], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (10.04.2023), »23 Tōitsu Chihōsen: 9 Chijisen, 6 Seiji Reishi Chōsen Kaihyō Kekka to Tōsensha« [Wahlergebnisse und Wahlsieger von Gouverneurswahlen in 9 Präfekturen und Bürgermeisterwahlen in 6 durch Regierungserlass bestimmten Großstädten], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (10.04.2023a), »23 Tōitsu Chihōsen: Ōita futatabi Moto Keisan Kanryō« [Landesweite Kommunalwahlen 2023: Erneut ehemaliger Ministerialbeamter aus dem Wirtschaftsministerium zum Gouverneur von Ōita gewählt], S. 15.

- MS (*Mainichi Shinbun*) (11.04.2023), »23 Tōitsu Chihōsen: Jimin, Kahansū mo Gisekisūgen« [Landesweite Kommunalwahlen 2023: LDP verteidigt Mehrheit, aber verliert Sitze], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (24.04.2023), »Shūsan Hosen: Shūsan Hosen Jimin 4shō« [Beiwahlen zum Unterhaus: 4 LDP-Siege], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (25.04.2023), »Chihō ni ›kei 774-nin‹, Ishin ga Shūkei Kōhyō« [JIP beziffert Zahl ihrer lokalen Amtsträger auf insgesamt 774], S. 6.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (23.05.2023), »Mainichi Shinbun Yoron Chōsa: Yatō Daiittō, Fusawashii no ha Ishin 47%, Rikken 25%« [Meinungsumfrage der Mainichi Shinbun: Zur führenden Oppositionspartei geeignet, 47% antworten JIP, 25% KDP], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (05.06.2023), »Senkyo: Aomori Chiji ni Shinjin Miyashita-shi« [Wahlen: Herr Miyashita zum Gouverneur von Aomori gewählt], S. 2.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (06.06.2023), »Senkyo: Aomoriken Chijisen, Jimin ni Kage« [Wahlen: Gouverneurswahlen in der Präfektur Aomori, Schatten über der LDP], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (17.06.2023), »Honebuto Hōshin Kettei« [Grundzüge der Wirtschafts- und Fiskalpolitik entschieden], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (19.06.2023), »Mainichi Shinbun Yoron Chōsa: Naikaku Shijiritsu 12 pointo Geraku 33%« [Meinungsumfrage der Mainichi Shinbun: Zustimmungsrate zum Kabinett fällt um 12 Prozentpunkte auf 33%], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (23.06.2023), »Takano Sanin Giin: Jimin Takano-shi ga Giin Jishoku« [Oberhausabgeordneter Takano: Herr Takano von der LDP tritt als Abgeordneter zurück], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (22.07.2023), »Kyū Tōitsu Kyōkai ni 7-kaime Shitsumon e Bunkachō« [Amt für Kunst und Kultur, siebte Anfrage an die ehemalige Vereinigungskirche], S. 25.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (24.07.2023), »Mainichi Shinbun Yoron Chōsa: Naikaku Shijiritsu Zokuraku 28%« [Meinungsumfrage der Mainichi Shinbun: Zustimmungsrate zum Kabinett fällt weiter auf 28%], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (04.08.2023), »Kokumin, Jimin to no Kyori Shōten« [Demokratische Partei des Volkes: Distanz zu der LDP als Brennpunkt], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (05.08.2023), »Maina Hokenshō: Shikaku Kakuninsho, Ichiritsu Hakkō« [My Number-Versicherungsschein: Einheitliche Ausstellung eines Bescheinigungsscheins über den Versicherungsstatus], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (06.08.2023), »Nihon Fūryoku Kaihatsu: Akimoto Giin, Ichibu chokusetsu Juryō ka, Fūryoku Kaishagawa kara no 3000-manen« [JWD: Hat Abgeordneter Akimoto einen Teil der 30 Millionen Yen von der Windstromfirma direkt entgegengenommen?], S. 26.
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (10.12.2022), »Kyū Tōitsu Kyōkai Mondai Higaisha Kyūsaihou ga Seiritsu, Jikkōsei Kakuho ga Kadai« [Fall der Ehemaligen Vereinigungskirche, Opfer-

- entschädigungsgesetz vom Parlament verabschiedet, Sicherstellung der Effektivität ein Problem], <https://www.nhk.or.jp/politics/articles/lastweek/93099.html> (14.07.2023).
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (08.06.2023), »Dōseikon mitomerarete inai no ha ›Iken Jōtai« Fukuoka Chisai [Landgericht Fukuoka: Fehlende Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen ist ein ›verfassungswidriger Zustand«], <https://www3.nhk.or.jp/news/html/20230608/k10014093401000.html> (14.07.2023).
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (22.06.2023), »Daijōbu ka? Konran no My Number Card« [Alles in Ordnung? Das Chaos um die My Number-Karte], https://www3.nhk.or.jp/news/special/news_seminar/jiji/jiji139/ (14.07.2023).
- NHKSW (*Nippon Hōsō Kyōkai Senkyo Web*). 2023. »2023-nen no Chūmoku Senkyo« [Die Beiwahlen des Jahres 2023]. <https://www.nhk.or.jp/senkyo/schedule/focus/> (14.07.2023).
- Pekkanen, Robert und Steven Reed (2023), »The Opposition in 2021: A Second Party and a Third Force,« in: Robert Pekkanen, Steven Reed und Daniel Smith (Hg.), *Japan Decides 2021: The Japanese General Election*, London: Palgrave Macmillan, S. 59–69.
- Smith, Daniel M. (2014), »Party Ideals and Practical Constraints in Kōmeitō Candidate Nominations,« in George Ehrhardt, Axel Klein, Levi McLaughlin und Steven R. Reed (Hg.), *Kōmeitō: Politics and Religion in Japan*, Berkeley: Institute of East Asian Studies University of California, S. 139–162.
- Winkler, Christian G. (2022), »Innenpolitik 2021/2022,« in: David Chiavacci und Iris Wiczorek (Hg.), *Japan 2022: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 147–167.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (15.09.2022), »Kyū Tōitsu Kyōkai Jimin Aratana Setten Zokuzoku« [Ehemalige Vereinigungskirche: Immer neue Verbindungen zur LDP], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (12.11.2022), »Hanashi Hōshō Kōtetsu ›Shikei Keishi Yurusarenai« [Entlassung von Justizminister Hanashi: »Herunterspielen der Todesstrafe ist inakzeptabel«, S. 34.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.12.2022), »Hangeki Nōryoku‹ Hoyū Meiki« [Spezifizierung des Besitzes von »Kapazitäten zum Gegenschlag«, S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (26.12.2022), »Miyazaki Kenmin ›Anteikan‹ erabu« [Bürger von Miyazaki entscheiden sich für »Stabilität«, Morgenausgabe Westen, S. 24.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (28.12.2022), »Akiba Fukkōshō o Kōtetsu« [Wiederaufbauminister Akiba entlassen], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (07.02.2023), »Shasetsu: Shushō Hishokan Kōtetsu« [Leitartikel: Entlassung von Privatsekretär des Premierministers], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (10.04.2023), »Ōsaka Daburusen Ishin seisu« [JIP gewinnt Doppelwahl in Ōsaka], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (18.04.2023), »Tōitsusen Kajitoriyaku: Sentakushi naku« [Landesweite Regionalwahlen: Keine Wahl der Steuermänner], S. 34.

- YS (*Yomiuri Shinbun*) (27.04.2023), »Zenkoku Seitōka Michi Kewashii« [Der Weg zur landesweiten Partei ist beschwerlich]. Ōsaka Morgenausgabe, S. 30.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (16.05.2023), »Yamaguchi Daihyō ›Sekinin Tsūkan« [Vorsitzender Yamaguchi »spürt deutlich Verantwortung«], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.05.2023), »LGBT Hōan Shūnai Teishutsu« [LGBT-Gesetzesentwurf wird im Laufe der Woche ins Parlament eingebracht], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (14.06.2023), »Jidō Teate Rainen 10-gatsu Kakujū« [Erweiterung des Kindergeldes nächstes Jahr im September], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (16.06.2023), »Shushō ›Kake sakeru« [Premierminister vermeidet »Risiko«], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (28.06.2023), »Abe-ha Shintaisei Giron Sakan« [Lebhafte Diskussionen um die Organisation der Abe-Fraktion], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (16.07.2023), »Genpatsu susumanu Saikadō« [Stockende Wiederaufnahme des Betriebs von Atomkraftwerken], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.07.2023), »Abe-ha Taisei Shikiri Naoshi« [Erneutes Ringen um die Organisation der Abe-Fraktion], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (25.07.2023), »Seifu ›Maina‹ Setsume ni Fushin« [Regierung bemüht um Erklärung von My Number], S. 4.